

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- u. Festtagen. Bezugspreis monatlich 1,20 M., Einzelne Nr. 10 Pf. Anzeigenpreis die 6 gespaltene Grundzeile oder deren Raum 10 Pf., die 6 gespaltene Zeile im amtlichen Teile 10 Pf., im Restameteile 10 Pf. Hinweise auf Anzeigen und Eingehende (Petit) 10 Pf. Nachweisegebühren 10 Pf. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt. Verantwortlich für Verlag und örtliche Redaktion E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Anzeigenannahme bis abend 6 Uhr Tags vorher. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkenburg bei Herrn Einar Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Verlegt bei 1878. Fernsprecher Nr. 2. Postfach Nr. 2. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Waldenburg. Stadtkonten Waldenburg 16. Adressen gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei verspäteter Zahlung wird jeder Nachschuß fünfzig.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Tägliche Auflage 15,000 im Verbreitungsgebiet des Verbandes Westfälischer Zeitungsverleger (e. V.) umfassend zahlreiche Ortschaften in den Bezirken der Amtshauptmannschaften Glauchau, Stollberg, Rochlitz und Landkreis Altenburg. Daher höchste Werbekraft.

Nummer 232.

Dienstag, den 3. Oktober 1922.

45. Jahrgang.

Vor neuen Ereignissen in Konstantinopel.

Waffenstillstandsverhandlungen ohne Griechenland? — Der Rathenau-Mordprozeß vor dem Staatsgerichtshof. — Ein Dollar = 1840 Mark.

Für eilige Leser.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß sich eine zunehmende Gärung gegen die Fremden bemerkbar macht. Man befürchtet ernste Zwischenfälle.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen werden die Waffenstillstandsverhandlungen in Mudania wahrscheinlich ohne Griechenland abgehandelt.

Heute beginnt vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig der Rathenau-Mordprozeß.

Im Reichsrat wurden zwei Ausschüsse zur Stabilisierung der Währung eingesetzt.

Das Reichskabinett hat erneut die Erhöhung der Getreideumlage auf das Dreifache beabsichtigt.

Im Reichsrat wurde eine Zuckerration von vorläufig 2 Pfd. pro Kopf und Monat beschlossen.

(Ausführlicheres an anderer Stelle.)

Die Lage im Orient.

Anerkennung für General Harrington.

Paris, 3. Okt. Der „Zitranigeant“ meldet aus London, daß die Presse einstimmig dem maßvollen und kühnen Auftreten des Generals Harrington Anerkennung zollt. Der General habe die ihm gegebenen Anweisungen und Vollmachten nicht nach dem Buchstaben ausgeführt. — Die „Daily News“ meinen sogar, daß zwischen der Politik in Downing Street und dem Vorgehen des englischen Generals in Konstantinopel ein bedeutender Gegensatz herrsche. Das Londoner Kabinett sei geradezu von einer verblüffenden Wendung gefaßt worden, indem General Harrington das ihm übersandte Ultimatum niemals der Fäulnis überlassen und damit gegen die gefährliche Londoner Politik protestiert habe. Die Nachmittagskonferenz des englischen Kabinetts zwischen Sonnabend und Sonntag sei mäßigere Weise dadurch veranlaßt worden.

Waffenstillstandsverhandlungen ohne Griechenland?

Paris, 3. Okt. Zur Stunde ist es an diesem Ort nicht bekannt, ob Griechenland an den Besprechungen in Mudania teilnehmen wird. Frankreich wünscht die Entsendung eines griechischen Generals nach Mudania, damit dort mit Griechenland über die Räumung Thrakiens verhandelt werden kann. Die neue griechische Regierung scheint jedoch entschlossen zu sein, an solchen Verhandlungen nicht teilzunehmen und hat bis jetzt keinen General delegiert.

Ein neuer Protest Russlands.

London, 3. Okt. Der englischen Regierung ist am Montag nachmittags eine neue Note der Sowjetregierung zugegangen, die noch einmal gegen die Schließung der Dardanellen für Handelschiffe protestiert. Die Drosselung der Dardanellen sei von außerordentlicher Wichtigkeit für Russland. Eine Schließung hindere die Durchfahrt amerikanischer und anderer Handelschiffe, die Waren nach Russland bringen.

Das Kriegskredit auf dem Meere.

Osaka, 3. Okt. Das holländische Ministerium des Aeußern teilt mit, daß am 10. Dezember im Haag eine juristische Konferenz unter Beteiligung Amerikas, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans zusammengetreten wird, um sich über die Festsetzung des Kriegskredits auf dem Meere zu beraten, hauptsächlich in Rücksicht auf die seit der Friedenskonferenz im Haag 1907 neu erfundenen Waffen.

Gärung gegen die Fremden in Konstantinopel.

Rom, 3. Okt. In römischen diplomatischen Kreisen herrscht Besorgnis wegen der zunehmenden Gärung gegen die Fremden in Konstantinopel. Diese Gärung wurde durch tausende von Kommunisten geschürt, die sich durch den Ausbruch ernster Zwischenfälle, die die Alliierten vor ein neues Problem stellen könnten.

Hergt über die Vorgänge im Orient.

Siegen, 2. Okt. Am Sonntag nachmittags fand im „Reisergarten“ der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei (Bezirk Weiskalen-Süd) statt. Der Abg. Rippel überbrachte die Grüße der Fraktionen und des Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei. Er wies auf die schwere Zeit hin und die damit verbundenen Aufgaben der Partei, die keine Zerstückelung und Zerklüftung der Partei, sondern ein geschlossenes, einheitliches Zusammengehen erfordert. Es gelang eine Entschließung zur Annahme, die der Parteileitung und den deutschnationalen Fraktionen des Reichstages und des Landtages für die Mitarbeit herzlichen Dank und Anerkennung ausspricht und sich in vollem Vertrauen einmütig

ig und geschlossen hinter die Parteileitung stellt mit der Bitte, in dem bisherigen christlichen deutschen Geiste den Kampf für die Befreiung und den Wiederaufbau des Vaterlandes fortzusetzen. — Staatsminister a. D. Dr. Hergt beschäftigte sich einleitend kurz mit den Vorgängen im Orient, die auch Deutschland angehen. Deutschland sei zwar von der Welt ausgeschaltet, der Deutsche gelte nichts in Konstantinopel. Der Wille des deutschen Volkes müsse nach dem Osten gerichtet sein. Um der Zukunft willen müsse ein großes Volk verlangen, daß es bei einer solchen Gelegenheit nicht ausgeschaltet, sondern eingeschaltet wird. Wir sehen in den Ereignissen im Orient den Zusammenbruch des Versailler Vertrages und der anderen Verträge. Die Vorgänge im Orient zeigen mit aller Deutlichkeit, daß Lloyd Georges Politik Bankrott gemacht habe. Der Redner unterstrich den nationalen Gedanken beim türkischen Volk. Der nationale Gedanke habe eine unerhörte Kraft. Ein Zwerg der Türke, der Engländer ein Riese. Jehl scheine es fast, als ob der Jura zum Riesen geworden ist. In Deutschland fehle dieser Nationalismus der Türken leider. Der Gedanke des Nationalismus komme bei der Würdigung der Orientkrise in der deutschen Presse gar nicht zum Ausdruck. Der Redner erörterte sodann die Not des deutschen Volkes.

Der Termin der Brüsseler Konferenz.

Paris, 3. Okt. Dem „Temps“ zufolge wird die englische Abordnung, die in Amerika Verhandlungen über die Regelung der britischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten führen soll, gegen den 15. Oktober ihre Reise antreten. Man nehme allgemein an, daß diese Abordnung unter der Führung Sir Robert Corneils sich nur kurze Zeit in Amerika aufhalten und in der ersten Novemberhälfte wieder in London eintreffen werde. Das französische Blatt fügt hinzu, daß zweckmäßigerweise auf diesen Zeitpunkt der Beginn der geplanten Brüsseler Konferenz, der sich mit den beiden Problemen der deutschen Reparationen und der Regelung der internationalen Schulden befassen soll, angelegt werden dürfte, da ja eine Lösung dieser Probleme noch vor Jahresfrist notwendig ist, die Reparationskommission verpflichtet sei, spätestens am 31. Dezember den Plan der deutschen Zahlungen für 1923 aufzustellen.

Der Kampf um die Schuldlüge.

Viviani gegen Wirth.

Paris, 3. Okt. Viviani verteidigt sich jetzt in einer längeren Erklärung gegen die Feststellungen Dr. Wirths zu den Ereignissen in den letzten Julitagen 1914. Viviani meint, daß die Dokumente, die der Kanzler angeführt habe, sorgfältig zurechtgemacht seien. Er gibt dann selbst eine lange Schilderung der Vorgeschichte über den Krieg und besonders seiner Besprechungen mit Schwolsky. Viviani geht auf die neuen Gesichtspunkte, die der Kanzler vorgebracht hat, im Ganzen genommen gar nicht ein. Er fragt z. B., warum Dr. Wirth sich über das österreichische Notbuch und einige andere längst bekannte Dokumente nicht ausgesprochen habe. Zum Schluß meint er, daß seine Antwort allen ernsthaften Lesern genügen werde.

Die Deutsche Allg. Ztg. erklärt zu der Aeußerung Vivianis.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ erklärt zu der Aeußerung Vivianis, für den Augenblick habe er dem Kanzler so geantwortet, wie es notwendig gewesen sei, und er werde sicher annehmen, daß diese Antwort für alle ehrenhaften Leute genüge. Wir wollen diese Anwendung heute nicht so ohne weiteres auf uns übertragen. Jedenfalls würde der Reichskanzler die Rechtfertigung Vivianis erneut unter die objektive Lupe nehmen.

Deutsche Sachlieferungen an Südslawien.

Belgrad, 3. Okt. Die Konferenzen zwischen dem südslawischen Verkehrsministerium und den Delegierten des deutschen Industriellenverbandes sind mit Erfolg beendet worden. Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß Deutschland für die ganze Summe, die Südslawien aus dem Reparationsfonds der kommenden Jahre zufließt, dem Verkehrsministerium Normal- und Schmalspur-Verjonen- und Frachtwagen liefern soll.

Die Stabilisierung der Währung.

Berlin, 3. Okt. Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates hat in seiner Sitzung am 2. Oktober 1922 die Beratung der herrschenden Währungs- und Kreditnot begonnen. Es wurden zwei Arbeitsausschüsse zur Beratung der Maßnahmen, die zu einer Stabilisierung der Währung führen können, und zur Ausarbeitung neuer Kreditformen eingesetzt.

Eine bayerische Note an die Reichsregierung.

München, 3. Okt. Die bayerische Staatsregierung hat an den Reichskanzler eine eingehend begründete Note gerichtet, in der sie die Reichsregierung auf den Ernst der gegenwärtigen Wirtschaftslage hinweist und Maßnahmen anragt, um der Teuerung und Not zu steuern.

Völkerbund und Reparation.

Vor einigen Tagen schien es, daß der Völkerbund sich ernst mit der Reparationsfrage beschäftigen würde. Drei Vertreter Südafrikas, Lord Cecil, hatte eine Entschließung eingebracht, der zufolge die Reparationsfrage und die internationale Verschuldung der Staaten ein untrennbares Ganze bilden. Es mußte schon Bedacht erwecken, daß der Vertreter Frankreichs, Senator de Jouvenel, der Idee Cecil zustimmte. Der Verlauf der „Reparationsdebatte“ hatte denn auch gezeigt, wie wenig Grund dafür bestand, die Reparationsfrage als in neue Geleise gelenkt zu sehen. Frankreich bekam eine erwünschte Gelegenheit, seine Mäßigung zu betonen und seine traurige Finanz- und Wirtschaftslage zu beklagen. Die Rede Jouvenels, die einen tiefen Eindruck gemacht und allseitigen Beifall gefunden haben soll, rang in der Hoffnung aus, daß Deutschland bald Vernunft annehmen möchte. Die schüchternen Versuche des Schweizer Vertreters Motta, Deutschlands Teilnahme an solchen Debatten zu fordern, wurden vom französischen Vertreter mit ausgesuchter Schärfe zurückgewiesen.

Der Völkerbund ist ein klägliches und unfruchtbares Gebilde. Nach den Verhandlungen vom 21. September kann man vorläufig jede Hoffnung darauf begraben, daß sich die „Gesellschaft der Nationen“ nachdrücklich desjenigen Problems annimmt, das von allen Urteilsfähigen in wachsender Uebereinstimmung als der Kern der großen internationalen Aufbauarbeit angesehen wird. Vielmehr dürfte nach wie vor die Reparationskommission die Frage der deutschen Zahlungen und Sachleistungen bearbeiten. Nachdem die von manchem Deutschen gehegte Hoffnung auf den Völkerbund zu schanden geworden ist, versuchten die unentwegten Optimisten aus der stillschweigenden Zustimmung der Reparationskommission zu dem deutsch-belgischen Wechselabkommen nachzuweisen, daß sich eine andere Politik der Alliierten anzubahnen beginne. In der Tat scheint die Reparationskommission das deutsch-belgische Uebereinkommen für eine Erfüllung des Pariser Beschlusses vom 31. August d. Js. zu halten. Ob nicht allerdings sehr bald schon eine andere Auffassung der Lage durch die Reparationskommission eintreten wird, muß abgewartet werden.

Die Frage der Ausgleichszahlungen ist noch ungeklärt. Daß findige französische Politiker daraus neue Waffen gegen uns schmieden können, unterliegt keinem Zweifel. In der Reparationsfrage selbst besteht folgende — einstweilen allerdings noch nicht ausgesprochene — Gegenfähigkeit in den Auffassungen: Durch das Abkommen zwischen der Reichsbank und der Bank von England ist über das Höchstmäß dessen, was wir an Devisen aus unserer Wirtschaft allenfalls herausholen können, verfügt worden, und zwar bis zum Januar 1924. Gemäß dem Pariser Beschluß sollen aber die Belgien zu gebenden Reichsschuldenwechsel bis zum 15. Juni 1923 eingezahlt sein, sodas von da ab Frankreich mit der Befriedigung seiner Ansprüche an die Reihe kommen würde. Kurze Wochen anschließender Verschönlichkeit und Ruhe haben uns schon oft darüber getäuscht, wie ernst die Reparationsfrage geblieben ist und zweifellos auch bleiben wird. Klärt sich das politische Verhältnis zwischen England und Frankreich, so wird sich mit ziemlicher Gewißheit auch die Reparationsfrage wieder akuter gestalten. Daß der Völkerbund dann keine Rolle spielen wird, haben die kürzlich geführten kläglichsten Verhandlungen in Genf bewiesen.

Zur Frage der Getreideumlage.

Berlin, 3. Okt. Der „Botenmarkt“ berichtet: Das Reichskabinett wird sich voraussichtlich am Dienstag mit der Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide (erstes Drittel) erneut befassen. Das Reichsernährungsministerium hat dem Kabinett eine Gesetzesvorlage zugehen lassen, in der eine rückwirkende Erhöhung des jetzigen Preises für das erste Drittel auf 70 700 Mark, also genau das Dreifache, vorgesehen ist. Von der nach dem Umlagegesetz abzuleistenden zwei Millionen Tonnen sind bis jetzt erst 123 000 Tonnen zur Ablieferung gelangt, in der gleicher Zeit des Vorjahres 400 000 Tonnen.

Die Fraktionsführung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat sich, wie die Tel.-Union vorführt, gegen die Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide ausgesprochen. Das Reichskabinett wird sich in den nächsten Tagen mit der dadurch geschaffenen Sachlage beschäftigen.